

250
II— der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

XII. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 6. Juli 1970

Zl. 1661-Pr.2/70

*38/AB.*zu *11/J.*Präs. am *7. Juli 1970*

An

die Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

W i e n I.

Auf die Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Scrinzi und Genossen vom 20. Mai 1970, Nr. 11/J, betreffend steuerliche Gleichstellung der Angehörigen der Freien Berufe mit jenen anderer Berufsgruppen, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Die von der Bundeskonferenz der Kammern vorgeschlagenen Änderungen des Einkommensteuergesetzes habe ich am 15. Juni 1970 mit Vertretern der Bundeskonferenz ausführlich besprochen. Ich habe veranlaßt, daß die Vorschläge im Rahmen der in Aussicht genommenen legistischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Einkommensteuerrechtes eingehend geprüft werden. Bei dieser Prüfung muß allerdings sowohl auf die Grundgedanken des Einkommensteuerrechtes als auch auf die Grundsätze gleichmäßiger steuerlicher Behandlung aller Abgabepflichtigen und auf den Grundsatz der Verwaltungsvereinfachung Bedacht genommen werden.

Es wird auch zu berücksichtigen sein, daß ein Teil der Vorschläge im Fall der Verwirklichung eine Einnahmenminderung bei den am Ertrag der Einkommensteuer beteiligten Gebietskörperschaften bedeuten dürfte. Hinsichtlich dieser Vorschläge wird daher auch auf die gegebene finanzielle Lage des Bundes Rücksicht zu nehmen sein und soweit sie realisierbar erscheinen, werden gemäß § 6 des Finanzausgleichsgesetzes Verhandlungen mit den am Ertrag der Einkommensteuer beteiligten Gebietskörperschaften zu führen sein. Das gleiche gilt für die von der Österreichischen Ärztekammer mit Schreiben vom 27. April 1970 bekanntgegebenen Abänderungswünsche zum Einkommensteuergesetz.

./.

MINISTERIUM FÜR BESCHÄFTIGUNG UND
ARBEITSPOLITIK
ORNO. 07-1801-188

Der Entwurf für die in Aussicht genommene Reform des Einkommensteuergesetzes wird voraussichtlich noch im Sommer dieses Jahres zur Begutachtung versendet werden.

Der Bundesminister:

Friedrich